

COLIN CROUCH

IST DER

**NEOLIBE-
RALISMUS**

NOCH ZU

RETTEN

S U H R K A M P

suhrkamp taschenbuch 4942

Dass es *den* Neoliberalismus gar nicht gibt, dass es sich dabei nur um einen »Kampfbegriff« handelt, ist zu einem Hauptargument (dem letzten?) seiner Verteidiger geworden. Kaum ein Autor hat dabei so viel zum Verständnis dieses Konzepts beigetragen wie Colin Crouch. Angesichts des rechtspopulistischen Widerstands gegen die marktradikale Form der Globalisierung, angesichts wachsender Ungleichheit und vor dem Hintergrund von Tragödien wie der Brandkatastrophe im Londoner Grenfell Tower nimmt Crouch nun die selbstzerstörerischen Tendenzen der neoliberalen Ordnung in den Blick. Jenseits polemischer »Dämonologie« und ohne das Kind mit dem Bade auszuschütten, untersucht er ihre Vorzüge und Schwächen, deren entscheidende die fatale Blindheit für ihre sozialen Nebenfolgen ist. Werden die Konzerne und Individuen, die bislang von ihr profitieren, das einsehen und rechtzeitig umsteuern?

Colin Crouch, geboren 1944, ist Professor em. für Governance and Public Management an der University of Warwick und Fellow der Royal Academy. Sein Buch *Postdemokratie* (s. 2540) gilt als Klassiker der soziologischen Zeitdiagnose. Zuletzt erschien *Die bezifferte Welt. Wie die Logik der Finanzmärkte das Wissen bedroht* (s. 4746).

Colin Crouch

**IST DER NEOLIBERALISMUS
NOCH ZU RETTEN?**

Aus dem Englischen von
Frank Jakubzik

Suhrkamp

Die englische Originalausgabe erschien 2017
unter dem Titel *Can Neoliberalism Be Saved from Itself?*
bei Social Europe Edition (London).

Erste Auflage 2018
suhrkamp taschenbuch 4942
© der deutschen Ausgabe Suhrkamp Verlag Berlin 2018
© Social Europe Edition 2017
Suhrkamp Taschenbuchverlag
Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.
Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages
reproduziert oder unter Verwendung
elektronischer Systeme verarbeitet,
vervielfältigt oder verbreitet werden.
Umschlaggestaltung: Brian Barth, Berlin
Druck und Bindung: CPI – Ebner & Spiegel, Ulm
Printed in Germany
ISBN 978-3-518-46942-2

Inhalt

1

Was spricht gegen
den Neoliberalismus?

7

2

Das Kind
im neoliberalen Bade

37

3

Ist der Neoliberalismus
reformierbar?

49

Literatur

94

1

Was spricht gegen den Neoliberalismus?

In der Nacht vom 13. auf den 14. Juni 2017 zerstörte ein verheerender Großbrand ein Wohnhochhaus im Londoner Stadtteil Kensington – und nicht wenige Menschen in Großbritannien und anderswo verstanden diese Katastrophe als finalen Kommentar zu einer Ideologie, an der sich die britische Politik in den vergangenen vierzig Jahren maßgeblich orientiert hat. Ein kleines Feuer, das sich in einer der Wohnungen des Grenfell Towers entzündet hatte, breitete sich rapide über das ganze Gebäude aus und kostete wohl um die einhundert Menschen das Leben – die genaue Zahl wird wahrscheinlich nie zu ermitteln sein. Ebenfalls noch nicht geklärt ist, welche Rolle die kurz zuvor installierte Fassadenverkleidung bei der Ausbreitung des Brandes spielte und warum ein Material verwendet wurde, das in Deutschland, den USA und einigen anderen Ländern nicht zugelassen ist. Allerdings besteht der berechnete Verdacht, dass Kostenerwägungen der

öffentlichen Hand ausschlaggebend für die Wahl der Verkleidung waren. Eine Gruppe von Bewohnern des Hochhauses hatte die zuständige Verwaltung des Boroughs of Kensington and Chelsea insgesamt neunzehn Mal auf ihre Bedenken in dieser Sache aufmerksam gemacht, jedoch keine Antwort erhalten. Wie die meisten lokalen Behörden Großbritanniens hat die Verwaltung des Boroughs das Management ihrer Liegenschaften (und zahlreiche weitere Dienstleistungen) an Privatunternehmen ausgelagert, die sich zuerst um den Profit ihrer Aktionäre und dann erst um die Qualität ihrer Leistungen kümmern. In den Stunden und Tagen nach dem Brand eilten neben Feuerwehr, Polizei und Rettungsdiensten zahlreiche Freiwillige den obdachlos gewordenen Grenfell-Mietern zu Hilfe – Sozialarbeiter der örtlichen Verwaltung hingegen ließen sich so gut wie gar nicht blicken. Bis Anfang August hatten sie lediglich zehn der über hundert Familien, die in dem Hochhaus gewohnt hatten, mit Ausweichunterkünften versorgt. Der Borough of Kensington and Chelsea ist der reichste der Londoner Stadtbezirke und eine der teuersten Wohngegenden der Welt; viele Wohnungen und Häuser dort stehen leer, weil sie wohlhabenden Leuten aus aller Herren Ländern gehören, die sie nur gelegentlich nutzen oder als Investitionsobjekte betrachten.

Im Rat des Boroughs verfügt die Konservative Partei, der wichtigste politische Repräsentant neoliberaler

raler Ideen im Vereinigten Königreich, über eine absolute Mehrheit. Viele der wohlhabenden Einwohner des Bezirks verdienen ihr Geld im Finanzsektor, der die britische Wirtschaft dominiert und seinen Erfolg in nicht geringem Maß dem Einfluss des Neoliberalismus verdankt. Dessen Grundüberzeugungen wiederum besagen, dass die Staatsausgaben einschließlich der Aufwendungen für Soziales auf ein Minimum reduziert werden müssten, dass Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften läppisch und schädlich seien und dass gewinnorientierte Privatunternehmen öffentliche Dienstleistungen effizienter anbieten könnten als Behörden. Die Bewohner des Grenfell Towers waren Mieter von Sozialwohnungen. In einer idealen neoliberalen Welt dürfte es überhaupt keine Sozialwohnungen geben; jeder würde mit der wie auch immer beschaffenen Behausung vorliebnehmen müssen, die er sich auf einem ganz und gar privaten Wohnungsmarkt leisten könnte. Unter dem Einfluss dieser Ideen haben britische Regierungen und Kommunalverwaltungen aller Parteien den Bestand an Sozialwohnungen immer weiter heruntergefahren. (1981 lag ihr Anteil noch bei 32 Prozent, der des privat vermieteten Wohnraums bei 11 Prozent, der Rest entfiel auf selbstgenutztes Wohneigentum. 2016 war der Anteil der Sozialwohnungen auf 7 Prozent gefallen und der des privat vermieteten Wohnraums auf 31 Prozent gestiegen.) Die Bewohner von Sozialbauten sind un-

geliebte Überbleibsel der präneoliberalen Vergangenheit.

Daneben befürwortet der Neoliberalismus soziale Ungleichheit, da er in ihr die logische Folge mehr oder weniger marktgerechten ökonomischen Verhaltens erblickt. Wer meint, dass er zu arm ist, soll das als Anreiz verstehen, mehr Leistung zu erbringen. Dementsprechend spiegle sich in Einkommen und Vermögen eines Menschen sein gesellschaftlicher Wert wider. Ein von diesen Ideen inspirierter Gemeinderat wie der von Kensington and Chelsea kann Bewohnern eines Ortes wie des Grenfell Towers schwerlich viel Respekt entgegenbringen.

Diese und viele andere negative Folgen einer Politik, die auf niedrige Steuern und den Abbau von Regulierungen setzt, ein erhebliches Maß an Ungleichheit akzeptiert und sich kaum um soziale Belange kümmert, haben viele Menschen dazu gebracht, das neoliberale Projekt zur Gänze abzulehnen; zumindest haben sie die Überzeugung gewonnen, dass die Wortführer in Wirtschaft und Politik, die es jahrzehntelang vehement verfochten haben, nicht fähig sind, sie vor den von ihm verursachten Katastrophen zu schützen. Anderen allerdings gefällt die neoliberale Vision einer Welt, in der der Bürger nahezu sein gesamtes Einkommen für sich behält, ohne dass ihm der Fiskus etwas abknöpft, und er folglich selbst bestimmt, was er sich für sein Geld kauft, anstatt dass eine Behörde es für

Dinge ausgibt, an denen er womöglich kein Interesse hat; in der das Leben so wenig wie möglich von staatlichen Regelungen und Vorschriften bestimmt wird; in der Unternehmen nach eigenem Gutdünken nach Profit streben können und dabei einen Wohlstand erzeugen, der nach und nach allen zugutekommt. Im Zentrum dieser Vision steht ein freier, von niemandem dominierter Markt, auf dem Verbraucher ihren individuellen Vorlieben folgen und die Waren und Dienstleistungen angeboten werden, nach denen die größte Nachfrage besteht. Der auf dem Markt gebildete Preis bestimmt den Wert der jeweiligen Waren und Dienstleistungen. Kunden, Anbieter und Volkswirtschaften handeln und konkurrieren frei und einvernehmlich miteinander; jeder macht das, was er am besten kann, und profitiert von den Beiträgen der anderen.

Ist es möglich, die Vorteile der freien Marktwirtschaft zu nutzen und trotzdem an staatlicher Sozialfürsorge, steuerlicher Umverteilung und maßvoller Regulierung festzuhalten, um die Auswüchse eines Systems zu beschneiden, das einzig auf Profitmaximierung und individuellen materiellen Gewinn abzielt und dabei extreme Ungleichheit erzeugt? In der Praxis muss die Antwort Ja lauten, denn das neoliberale Ideal ist in keiner entwickelten Wirtschaft – nicht einmal in den USA, wo neoliberale Ideen besonders dominant sind – zur Gänze verwirklicht worden. So-

zialausgaben, progressive Besteuerung und Regulierungen haben ihrer Abschaffung getrotzt oder sind wieder eingeführt worden. Anders als im Kampf der Ideen kreist die Debatte zwischen Neoliberalen und ihren Kritikern in der Realpolitik also um eine Frage des Maßes: nicht um Erhalt oder Abschaffung der im entsprechenden Fall rivalisierenden Institutionen, sondern um ihre Gewichtung.

Ich gehöre zu denen, die den Eindruck haben, dass es der Neoliberalismus trotz mancher Kompromisse mit der Förderung der sozialen Ungleichheit übertrieben hat und den Werten, für die der Markt steht, also etwa Wahlfreiheit, Selbstbestimmung und dergleichen, in zu hohem Maß Vorrang vor anderen einräumt. Wie lässt sich ihr Verhältnis besser ausbalancieren? *Dass* es sich anders ausbalancieren lässt, ist unstrittig: Es herrscht kein Mangel an Ideen, praktischen Politiken und nationalen Beispielen für einen faireren Ausgleich zwischen wettbewerbsorientierter Marktwirtschaft und sozialer Gerechtigkeit. Es ist also eine Frage des Wollens und der Macht zur Umsetzung. Weltkonzerne und wohlhabende Privatpersonen haben großen Einfluss auf die Regierungen der meisten Staaten und sie haben großes Interesse an niedrigen Steuern (zumindest für die Wohlhabenden), minderwertigen staatlichen Dienstleistungen (zumindest für die Armen) und einer geringen Regulierung der Wirtschaft. Wir brauchen die Arbeitsplätze, die die

Konzerne schaffen, und die Waren und Dienstleistungen, die sie produzieren. Doch je wohlhabender Konzerne und Reiche sind, desto größer auch ihre Möglichkeiten, Einfluss auf Regierungen zu nehmen und eine Politik herbeizuführen, die ihren Interessen dient und sie noch wohlhabender macht, wodurch sie wieder mehr Einfluss erhalten – eine sich selbst verstärkende Dynamik. Demnach erscheint allein eine stetige Intensivierung neoliberaler Verhältnisse möglich, eine Mäßigung jedoch ausgeschlossen. Es ist eine bittere Ironie, dass dieser politische Prozess, durch den der Neoliberalismus immer fester im Sattel sitzt, vollkommen konträr zu dessen Prinzipien steht, die politischen Lobbyismus von Wirtschaftsakteuren ausschließen.

Doch die glänzende Fassade des Neoliberalismus hat Risse bekommen. Der Kollaps des Finanzsektors in den Jahren 2007 und 2008 wurde in erster Linie von ihm selbst verursacht, und die Folgen haben in den vergangenen Jahren in vielen Ländern den Volkszorn geschürt. Wie Wolfgang Streeck in seinem Buch *Gekaufte Zeit* gezeigt hat, ist die Weltwirtschaft zunehmend von einer privaten und öffentlichen Verschuldung abhängig, deren Ausmaß die Grenzen der Nachhaltigkeit überschreitet. Deshalb erwarten manche Beobachter, dass das gesamte Gebäude des neoliberalen Kapitalismus in nächster Zeit zusammenbrechen wird. Manche glauben, damit werde die Möglichkeit

zur Einführung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung eröffnet – wie auch immer diese in einer postsowjetischen Ära aussehen mag; andere warnen wie Streeck, dass die Verhältnisse nach einem Wirtschaftscrash vermutlich noch deutlich schlechter würden, als sie es derzeit sind. Angesichts dieser Gefahr scheint es ratsam, den Neoliberalismus auf seine Reformierbarkeit hin zu untersuchen. Sind Situationen denkbar, in denen Weltkonzerne, Superreiche und die von ihnen beeinflussten Regierungen grundlegende Kursänderungen als unvermeidlich akzeptieren würden, um dauerhafte Krisen zu verhindern?

In der Vergangenheit haben verschiedene politische Kräfte solche Notwendigkeiten erkannt. So mussten die europäischen Konservativen nach dem Zweiten Weltkrieg einsehen, dass ihre Bereitschaft, sich zur Abwehr der »Massendemokratie« mit Nationalsozialismus und Faschismus zu verbünden, katastrophale Folgen hatte. Nach 1945 wurden sie zu hochgradig versierten Praktikern konservativer beziehungsweise christdemokratischer Kompromissstrategien. Die sozialdemokratischen Bewegungen Europas wiederum zerbrachen sich seit den fünfziger Jahren den Kopf über ihr Verhältnis zu dem unansehnlichen Gebilde, das man unter der Bezeichnung »sozialistische Planwirtschaft« im Ostblock errichtete. In unterschiedlichem Tempo und mit unterschiedlichem Enthusiasmus wurde ihnen klar, dass sie die Marktwirtschaft

nicht nur als vorübergehenden Kompromiss mit den politischen Realitäten akzeptieren mussten, sondern auch deshalb, weil der Markt in Verbindung mit einer originär sozialdemokratischen Sozialpolitik und staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft bessere Verhältnisse hervorbrachte als der Staatssozialismus im Osten. Eine ähnliche Konversion steht nun den Neoliberalen bevor. Damit ihre Ideologie den destruktiven Pfad verlassen kann, dem sie derzeit folgt, müssen sie erkennen, dass Dinge, die anderen Zielen als der unmittelbaren Profitmaximierung dienen, also etwa steuerliche Umverteilung, ein starker Sozialstaat, der die Binnennachfrage stärkt, und eine Regulierung der Wirtschaft, einen eigenen Wert haben und nicht nur gelegentliche und vorübergehende politische Notwendigkeiten sind. Auch dann gäbe es noch genügend Themen, über die sich Neoliberale mit ihren diversen – sozialdemokratischen, grünen, sozialliberalen und konservativen – Gegenspielern streiten könnten. So ließe etwa eine Einigung hinsichtlich der Notwendigkeit eines Abbaus der Einkommensungleichheit immer noch erheblichen Raum für Debatten darüber, in welchem Ausmaß, mit welchen Mitteln und welcher Dringlichkeit dieser erfolgen soll.

Wann immer in den vergangenen 25 Jahren die »Reform« irgendeiner Institution gefordert wurde, bedeutete dies, dass sie marktwirtschaftlichen Verfahren unterworfen, von Regulierungen und Steuerlasten

befreit und ganz allgemein staatlichem Einfluss entzogen werden sollte. Das Wort »Reform« ist dadurch zu einem Euphemismus für »mehr Neoliberalismus« geworden. Kann man diese Entwicklung umkehren und die neoliberalen Institutionen ihrerseits einem Reformprozess unterziehen? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir zunächst damit aufhören, den Neoliberalismus als einheitliches, unerschütterliches und schädliches Gebilde zu betrachten. Er ist nicht einheitlich: Wie zumeist übersehen wird, bestehen erhebliche Meinungsunterschiede zwischen seinen Befürwortern, der wichtigste davon zwischen denen, für die der Markt ein unantastbares Gut ist, und denen, die es eher mit den dominierenden Konzernen halten. Er ist auch nicht unerschütterlich, sondern weist einige Schwachstellen auf, vor allem, was seinen Anteil an der Finanzkrise 2007/08 und sein Verhältnis zu den in vielen Teilen der Welt aufkommenden nationalistischen und fremdenfeindlichen Kräften angeht. Und drittens sind manche Errungenschaften des Neoliberalismus keineswegs schädlich, sondern durchaus sinnvoll. Sie sollten beibehalten werden.

Um all diese Dinge geht es in diesem Buch. Es ist kein Beitrag zur Dämonisierung des Neoliberalismus, sondern der Versuch einer differenzierten Betrachtung zur Einschätzung seiner Reformierbarkeit. Dafür müssen wir zunächst überlegen, was an ihm reformiert werden sollte, dann, was beizubehalten wäre,

und schließlich, welche seiner Protagonisten möglicherweise in der Lage sind, ihn durch Reformen vor den ihm innewohnenden Selbstzerstörungstendenzen zu retten.

Was ist Neoliberalismus?

Der Neoliberalismus ist ein politisches Dogma, demzufolge möglichst viele Bereiche unseres Lebens dem ökonomischen Ideal des freien Marktes unterworfen werden sollten. Man muss nur diese simple Idee begreifen, um zu verstehen, worum es geht. Seit beinahe vierzig Jahren dominiert diese Idee das Denken und Handeln der meisten Regierungen im Westen und anderswo. Zu den Hintergründen dieses Phänomens findet der interessierte Leser Aufschluss in einer Reihe empfehlenswerter Bücher. David Harvey vertritt in seiner *Kleinen Geschichte des Neoliberalismus* eine hochgradig kritische Perspektive. Ausgewogener ist *Neoliberalism* von Damien Cahill und Martijn Konings. Philip Mirowski untersucht in *Untote leben länger*, auf welche ausgefeilte Weisen neoliberale Theoretiker die Politik von Regierungen weltweit beeinflussen. In *The Strong State and the Free Economy* unternimmt Werner Bonefeld eine ähnlich tief greifende Analyse der als Ordoliberalismus bekannten spezifisch deutschen

Form des Neoliberalismus. Und William Davies zeigt in *The Limits of Neoliberalism*, dass das Vordringen neoliberaler Ideen in staatliche Einrichtungen und Behörden zu einer Obsession mit Kennziffern und quantitativen Erhebungen geführt hat.

Neoliberale glauben fest an den Kapitalismus, eine Wirtschaftsordnung, in der sich der Großteil des allgemeinen Wohlstands in Privatbesitz befindet und Geschäfte überwiegend nach den Regeln des Marktes abgewickelt werden. Dennoch ist Neoliberalismus nicht dasselbe wie Kapitalismus, denn nicht alle Formen des Letzteren setzen ausschließlich auf den Markt und lehnen jeglichen staatlichen Eingriff in die Wirtschaft ab. Neoliberale treten für eine extreme Form des Kapitalismus ein. Auch wenn die zeitgenössische Politologie insbesondere in den USA gewöhnlich davon ausgeht, dass Kapitalismus und Demokratie zusammengehören, stehen viele neo- und ordoliberalen Theoretiker der Demokratie tatsächlich hochgradig argwöhnisch gegenüber und möchten deren Fähigkeit, den Märkten in die Quere zu kommen, in hohem Maße eingeschränkt sehen. Ausführliche Darlegungen dazu finden sich bei Bonefeld, Mirowski und in Streecks *Gekaufte Zeit*.

Der Begriff Neoliberalismus wurde von einer Gruppe vorwiegend deutscher und amerikanischer Ökonomen und Philosophen geprägt, denen die Vorstellung einer sozialistischen Planwirtschaft bezie-

hungsweise ohnehin jeder staatliche Eingriff in die Wirtschaft – abgesehen von solchen zur Sicherung des kapitalistischen Wettbewerbs selbst – ein Gräu­el war. Sie taten sich zunächst in einer (nach einem Berg in der Schweiz benannten) Organisation namens Mont Pèlerin Society zusammen, gewannen neue Anhänger und politischen Einfluss und gründeten zahlreiche Denkfabriken, so unter anderem in den USA das American Enterprise Institute, die Heritage Foundation und das Cato Institute, in Großbritannien das Adam Smith Institute und das Institute of Economic Affairs. Das Weltwirtschaftsforum, das jedes Jahr im Schweizer Skiort Davos zusammenkommt und neoliberalen Ideen auf globaler Ebene Gehör verschaffen soll, verleiht bei seinen Zusammenkünften immerhin einem breiteren Meinungsspektrum Ausdruck als die meisten anderen neoliberalen Institutionen. Dass sich die Neoliberalen gegen staatliche Einschränkungen kapitalistischer Aktivitäten wenden, hat ihnen erhebliche finanzielle Zuwendungen von Seiten wohlhabender Privatpersonen eingebracht, die staatliche Regulierungen ablehnen. Das gilt in besonderem Maß für die amerikanische Ölindustrie – so unterstützen Milliardäre wie die Gebrüder Koch neoliberale Organisationen und deren Lobbyisten, darunter auch solche, die den Klimawandel leugnen.

Da sie fast überall auf der Welt über großen Einfluss verfügen, mit ihrer Politik aber auch viel Kritik auf